

A1 Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Gremium: Grüne Jugend MV
Beschlussdatum: 03.02.2017
Tagesordnungspunkt: 3. Asyl und Menschenrechte

- 1 Über 1.600 Tote und mehr als 3.500 verletzte Menschen in der afghanischen
2 Zivilbevölkerung. Dies ist die erschreckende Bilanz des ersten Halbjahres von
3 2016.
- 4 Dennoch hat die Bundesregierung ein Rücknahmeabkommen mit Afghanistan
5 unterzeichnet und im Dezember mit Sammelabschiebungen nach Afghanistan begonnen.
6 Und dies obwohl das Auswärtige Amt seine eigenen Bürger*innen davor warnt nach
7 Afghanistan zu reisen. Dass diese Doppelmoral auch von einigen Grünen
8 Landesregierungen mit getragen wird, bedauern wir als Bündnis90/DIE GRÜNEN
9 Mecklenburg-Vorpommern sehr.
- 10 Begründet werden Abschiebungen nach Afghanistan oft mit sogenannten sicheren
11 Regionen innerhalb des Landes. Die Anschläge auf das deutsche Generalkonsulat in
12 Maser-i-Scharif sowie auch der Anschlag in Kabul müssten uns allen doch auf
13 grausame Weise wieder deutlich gemacht haben, dass es diese sicheren Regionen in
14 Afghanistan leider nicht gibt. Auch der UNHCR spricht in seinem Bericht über
15 Afghanistan von einem "innerstaatlichen Konflikt" der "sich über das gesamte
16 Staatsgebiet erstreckt".
- 17 Bündnis 90/DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordert die Bundesregierung und
18 alle Landesregierungen auf, diese Realitäten endlich anzuerkennen. Denn wer nach
19 Afghanistan abschiebt, der spielt mit der körperlichen Unversehrtheit und dem
20 Leben der Betroffenen.
- 21 Bisher hat sich Mecklenburg-Vorpommern nicht an den Sammelabschiebungen nach
22 Afghanistan beteiligt. Bündnis 90/Die GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordert
23 Ministerpräsidenten Erwin Sellering und Innenminister Lorenz Caffier auf, sich
24 ein Beispiel an Schleswig-Holstein zu nehmen und sich nicht an diesem Unrecht zu
25 beteiligen.

Begründung

Geht aus dem Antragstext hervor und erfolgt nochmal mündlich auf der LDK.

Unterstützer*innen

Andreas Katz (KV LUP); Lothar Gajek (Vorsitzender KV Schwerin)